

Anhang 2: Kommentare

I. Einleitung

Die nachfolgenden Kommentare unterstützen und interpretieren die jeweiligen Artikel der ADO. Im Gegensatz zur Darstellung im *Code* sind die Kommentare nicht unmittelbar in die ADO integriert, sondern in den Anhang zur ADO aufgenommen worden. Dies entspricht der Konzeption des *NADC*. Alle Kommentare sind integraler Bestandteil der ADO. Die nachfolgende Aufstellung erfasst die von der *WADA* zu den einzelnen Artikeln des *Code* statuierten Kommentare sowie ergänzende Kommentierungen einzelner Artikel, die durch die NADA erfolgt ist. Letztere sind durch den ausdrücklichen Zusatz „(NADA)“ gekennzeichnet. Den Kommentierungen der NADA schließt sich der DRV mit Blick auf die entsprechenden Regelungen in der ADO sinngemäß an.

II. Kommentare

Zu Artikel 2: In diesem Artikel sind die Tatbestände und Handlungen aufgeführt, die einen Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen begründen. Verfahren in Dopingfällen werden auf Grundlage der Behauptung durchgeführt, dass eine oder mehrere dieser spezifischen Bestimmungen verletzt wurden.

Zu Artikel 2.1:
(NADA) Im Rahmen der NADA-Code-Revision erfolgte auch eine Überarbeitung der im NADA-Code 2009 und in seinen Ausführungsbestimmungen zu verwendenden Begriffsbestimmungen. Insbesondere der medizinische Begriff „Wirkstoff“ gab Anlass, die rechtlichen Konsequenzen möglicher unklarer Termini unter Berücksichtigung des Bestimmtheitsgrundsatzes und des Analogieverbots näher zu untersuchen.

Dabei erfolgte eine Prüfung der gesetzlichen Vorgaben, u.a. des AMG, die medizinische und pharmakologische Begutachtung durch die Ärzte und Mediziner der NADA sowie eine umfassende Diskussion in der Arbeitsgemeinschaft zur NADA-Code-Revision, bestehend aus Rechtsexperten der nationalen Sportfachverbände, des DOSB, des BMI, des Deutschen Sportschiedsgerichts und der Wissenschaft. Darüber hinaus fand eine abschließende Rücksprache mit dem BMI statt.

Als Ergebnis dieser Überprüfung kann daher festgehalten werden, dass im NADA-Code 2009 und seinen Ausführungsbestimmungen einheitlich der Begriff "Wirkstoffe" durch den Begriff "Substanzen" ersetzt wird.

Sämtliche befragte Gremien und Einzelpersonen kamen unabhängig voneinander überein, dass der Begriff "Substanz" nicht nur der englischen Übersetzung der Begriffe "substance" oder "agents" näher ist als der Begriff "Wirkstoff", sondern auch aus medizinischer und juristischer Sicht den Sinn und Zweck der Begrifflichkeit zutreffender widerspiegelt. Ferner wird die Entscheidung in rechtssystematischer Hinsicht durch die Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben, u.a. aus der Legaldefinition in § 4 Abs. 19 BMG, getragen.

Zu Artikel 2.1.1: Für Verstöße gegen Anti-Doping-Bestimmungen aufgrund des Vorhandenseins einer *Verbotenen Substanz* (oder ihrer *Metaboliten* oder *Marker*) übernimmt der *Code* das „Strict-

Liability“-Prinzip, das auch im Anti-Doping-Regelwerk der Olympischen Bewegung („OMADC“) und in der großen Mehrheit der vor dem Code bestehenden Anti-Doping-Regelwerke vorhanden war. Nach dem „Strict-Liability“-Prinzip ist ein *Ruderer* immer verantwortlich und ein Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen liegt vor, wenn in seiner *Probe* eine *Verbotene Substanz* gefunden wird. Der Verstoß liegt unabhängig davon vor, ob der *Ruderer* absichtlich oder unabsichtlich eine *Verbotene Substanz gebrauchte* oder ob er fahrlässig oder anderweitig schuldhaft handelte. Stammt die positive *Probe* aus einer *Wettkampfkontrolle*, werden die Einzelergebnisse dieses *Wettkampfs* automatisch *annulliert* (Artikel 9 - Automatische *Annullierung* von Einzelergebnissen). Jedoch hat der *Ruderer* dann die Möglichkeit, Sanktionen zu vermeiden oder eine Herabsetzung zu erreichen, sofern er beweisen kann, dass er nicht schuldhaft oder signifikant schuldhaft gehandelt hat (Artikel 10.5 – Absehen von einer *Sperre* oder Herabsetzung der *Sperre* auf Grund außergewöhnlicher Umstände), oder dass bestimmte Umstände vorlagen und er nicht beabsichtigte, seine sportliche Leistung zu steigern (Artikel 10.4 – Absehen von einer *Sperre* oder Herabsetzung der *Sperre* bei *Spezifischen Substanzen* unter bestimmten Umständen).

Das „Strict-Liability“-Prinzip stellt bei Nachweis einer *Verbotenen Substanz* in der *Probe* eines *Ruders* in Kombination mit der Möglichkeit, Sanktionen auf Grund von speziellen Kriterien anzupassen, einen angemessenen Ausgleich zwischen der effektiven Durchsetzung von Anti-Doping-Bestimmungen zu Gunsten aller „sauberen“ *Ruders* einerseits und Fairness im Falle des außergewöhnlichen Umstands, dass eine *Verbotene Substanz* in den Körper eines *Ruders* gelangt, obwohl ihn *Kein Verschulden* oder *Kein signifikantes Verschulden* trifft, andererseits dar.

Es ist wichtig, klarzustellen, dass zwar die Feststellung, ob ein Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen vorliegt, nach dem „Strict-Liability“-Prinzip getroffen wird, dies jedoch nicht automatisch die Verhängung einer fixen *Sperre* nach sich zieht. Das in dem Code festgelegte „Strict-Liability“-Prinzip wird fortwährend in den Entscheidungen des CAS aufrechterhalten.

(NADA)

Bereits in der Existenz einer *Verbotenen Substanz* im Körper des *Ruders* liegt ein Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen des Code und NADC. Wenn der *Ruderer* trotz einer festgestellten *Verbotenen Substanz* einer Sanktion nach dem Code oder dem NADC entgehen will, muss der betroffene *Ruderer* zumindest die ernsthafte Möglichkeit eines atypischen Geschehensablaufs nachweisen, um sich zu entlasten.

Zu Artikel 2.1.2:

Es liegt im Ermessen der für das Ergebnismanagement zuständigen *Anti-Doping-Organisation* (DRV oder NADA) die *B-Probe* analysieren zu lassen, auch wenn der *Ruderer* nicht die Analyse der *B-Probe* verlangt.

Zu Artikel 2.2:

Der *Gebrauch* oder der *Versuch* des *Gebrauchs* einer *Verbotenen Substanz* oder einer *Verbotenen Methode* konnte

stets durch jegliche verlässliche Mittel nachgewiesen werden. Wie im Kommentar zu Artikel 3.2 (Verfahren zur Feststellung von Tatsachen und Vermutungen) erwähnt, kann im Gegensatz zum Nachweis, der benötigt wird, um einen Verstoß gegen eine Anti-Doping-Bestimmung nach Artikel 2.1 festzustellen, der *Gebrauch* oder der *Versuch* des *Gebrauchs* auch durch andere verlässliche Mittel nachgewiesen werden, z. B. durch Geständnis des *Ruders*, Zeugenaussagen, Belege und sonstige Dokumente, Schlussfolgerungen, die sich aus Longitudinalstudien ergeben, oder andere analytische Informationen, die ansonsten nicht alle Anforderungen erfüllen, um das „Vorhandensein“ einer *Verbotenen Substanz* nach Artikel 2.1 zu begründen.

So kann beispielsweise der Nachweis des *Gebrauchs* allein auf verlässliche analytische Daten der Analyse der *A-Probe* (ohne die Bestätigung anhand der Analyse einer *B-Probe*) oder der Analyse der *B-Probe* gestützt werden, soweit die *Anti-Doping-Organisation* eine zufrieden stellende Erklärung für die fehlende Bestätigung durch die jeweils andere *Probe* liefert.

Zu Artikel 2.2.2:

Die Darlegung des „*Versuchten Gebrauchs*“ einer *Verbotenen Substanz* erfordert den Nachweis des Vorsatzes des *Ruders*. Die Tatsache, dass zum Beweis dieses speziellen Verstoßes gegen Anti-Doping-Bestimmungen Vorsatz erforderlich ist, widerspricht nicht dem „Strict-Liability“-Prinzip, das für Verstöße gegen Artikel 2.1 und Verstöße gegen Artikel 2.2 hinsichtlich des *Gebrauchs* einer *Verbotenen Substanz* oder einer *Verbotenen Methode* gilt.

Der *Gebrauch* einer *Verbotenen Substanz* durch einen *Ruders* stellt einen Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen dar, es sei denn, diese Substanz ist *Außerhalb des Wettkampfs* nicht verboten und der *Gebrauch* durch den *Ruders* fand *Außerhalb des Wettkampfs* statt.

(Jedoch stellt das Vorhandensein einer *Verbotenen Substanz* oder ihrer *Metaboliten* oder *Marker* in einer *Probe*, die bei einer *Wettkampfkontrolle* genommen wurde, einen Verstoß gegen Artikel 2.1 (Das Vorhandensein einer *Verbotenen Substanz*, ihrer *Metaboliten* oder *Marker*) dar, unabhängig davon, wann die Substanz verabreicht wurde).

Zu Artikel 2.3:

Das Unterlassen oder die Weigerung, sich nach entsprechender Aufforderung einer *Probenahme* zu unterziehen, war in fast allen vor dem *Code* bestehenden Anti-Doping-Regelwerken verboten.

Dieser Artikel dehnt die kennzeichnende Regelung aus der Zeit vor dem *Code* dahingehend aus, dass auch „jede anderweitige Umgehung einer *Probenahme*“ ein verbotenes Verhalten ist. Dementsprechend läge beispielsweise ein Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen vor, wenn nachgewiesen würde, dass sich ein *Ruders* vor einem Dopingkontrolleur versteckt hat, um die *Aufforderung* oder die *Dopingkontrolle* zu umgehen. Ein Verstoß durch „die Weigerung oder das Unterlassen, sich einer

Probenahme zu unterziehen" kann sowohl durch vorsätzliches als auch durch fahrlässiges Verhalten des *Ruders* begründet sein, während die „Umgehung“ einer *Probenahme* ein vorsätzliches Verhalten des *Ruders* erfordert.

Zu Artikel 2.4:

Bei der Anwendung dieses Artikels werden einzelne *Meldepflichtversäumnisse* und *Versäumte Kontrollen*, die nach den Bestimmungen der FISA oder jeder anderen Anti-Doping-Organisation, die nach dem *International Standard* for Testing und/oder *Standard* für *Meldepflichten* zur Feststellung von *Meldepflichtversäumnissen* und *Versäumten Kontrollen* befugt ist, festgestellt werden, kombiniert. Unter entsprechenden Umständen können auch *Versäumte Kontrollen* oder *Meldepflichtversäumnisse* einen Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen nach Artikel 2.3 oder Artikel 2.5 darstellen.

(NADA)

Die nationale Umsetzung der Ziffer 11 des *International Standard* for Testing als relevante Bestimmungen i.S.d. Artikels 2.4 NADC ist der *Standard für Meldepflichten*.

Auf Grund der Wichtigkeit dieser Bestimmungen sowie aus Übersichts- und Verständlichkeitsgründen wurde diese Ziffer aus dem *International Standard* for Testing herausgenommen und als eigenes Regelwerk formuliert. Als Ausführungsbestimmungen zum NADC sind der *Standard* für *Meldepflichten* und die dazugehörigen Kommentare gemäß Artikel 18.2 NADC als Anhang 4 Bestandteil des NADC. Er enthält alle für die Bewertung des Artikels 2.4 NADC maßgeblichen Ausführungen.

Zu Artikel 2.5:

Gemäß diesem Artikel sind Handlungen, die das *Dopingkontrollverfahren* auf unzulässige Weise beeinflussen, die jedoch ansonsten nicht in der Definition der *Verbotenen Methoden* enthalten wären, verboten. Hierunter fällt beispielsweise die Veränderung der Identifikationsnummern auf einem Dopingkontrollformular während der *Dopingkontrolle*, das Zerschneiden des Behältnisses der B-Probe bei der Analyse der B-Probe oder die bewusste Abgabe falscher Informationen gegenüber einer Anti-Doping-Organisation.

Zu Artikel 2.6.1 und 2.6.2:

Eine annehmbare Begründung wäre beispielsweise nicht der Kauf oder Besitz einer *Verbotenen Substanz*, um sie an einen Freund oder Verwandten weiterzugeben, es sei denn, der medizinisch indizierte Umstand ist gegeben, dass der betreffenden Person ein ärztliches Rezept vorlag, z. B. der Kauf von Insulin für ein zuckerkrankes Kind.

Zu Artikel 2.6.2:

Eine annehmbare Begründung wäre beispielsweise der Fall, dass ein Mannschaftsarzt *Verbotene Substanzen* zur Behandlung von *Rudern* in Akut- und Notsituationen mitführt.

Zu Artikel 3.1:

Diese Anforderung an die Beweisführung, der der DRV gerecht werden muss, ist jener Anforderung vergleichbar, die in den meisten Ländern auf Fälle beruflichen Fehlverhaltens angewendet wird. Sie ist darüber hinaus auch von zahlreichen Gerichten und Disziplinarorganen in Dopingfällen angewendet

worden. Siehe zum Beispiel die Entscheidung des CAS im Fall N., J., Y., W. v. FINA, CAS 98/208, 22. Dezember 1998.

(NADA)

Zur Veranschaulichung der Anforderungen an das Beweismaß i.S.d. Artikels 3.1 Absatz 1 kann festgehalten werden, dass die *Anti-Doping-Organisation* gegenüber dem *Disziplinarorgan* überzeugend darlegen muss, dass sie einen Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen festgestellt hat. Die Anforderungen an das Beweismaß sind dabei höher als die bloße Wahrscheinlichkeit (größer als 50%), jedoch geringer als der Beweis, der jeden Zweifel ausschließt (kleiner als 100%).

Für einen den Ruderer entlastenden Gegenbeweis i.S.d. Artikels 3.1 Absatz 2 – etwa einer zu widerlegenden Vermutung – genügt jedoch die gleich hohe Wahrscheinlichkeit (gleich 50%).

Zu Artikel 3.2:

Der DRV kann beispielsweise einen Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen gemäß Artikel 2.2 (Der *Gebrauch* oder der *Versuch* des *Gebrauchs* einer *Verbotenen Substanz* oder einer *Verbotenen Methode* durch einen *Ruderer*) feststellen, indem sie [ggf. er] sich auf das Geständnis des *Ruders*, die glaubhafte Aussage Dritter, verlässliche Belege, verlässliche analytische Daten der A- oder B-*Probe* gemäß dem Kommentar zu Artikel 2.2 oder auf Schlussfolgerungen stützt, die aus dem Profil einer Reihe von Blut- oder *Urinproben* des *Ruders* gezogen werden.

Zu Artikel 3.2.1:

Es obliegt dem *Ruderer* oder der anderen *Person*, die gleich hohe Wahrscheinlichkeit einer Abweichung vom *International Standard* for Laboratories nachzuweisen, welche nach vernünftigem Ermessen das *Von der Norm abweichende Analyseergebnis* verursacht haben könnte. Erbringt der *Ruderer* oder eine andere *Person* einen solchen Nachweis, so geht die Beweislast auf den DRV über, der gegenüber dem VRA überzeugend darlegen muss, dass die Abweichung das *Von der Norm abweichende Analyseergebnis* nicht verursacht hat.

Zu Artikel 3.2.3:
(NADA)

Mit Gericht i.S.d. Artikels 3.2.3 sind die ordentlichen Gerichte i.S.d. deutschen Gerichtsbarkeit gemeint.

Unter Berufs-Disziplinargerichte fallen beispielsweise die Disziplinarorgane der Bundeswehr oder der Ärztekammer.

Zu Artikel 3.2.4:

In zahlreichen Entscheidungen hat der CAS das Ziehen negativer Rückschlüsse unter derartigen Voraussetzungen anerkannt.

(NADA)

Es wird zur Klarstellung darauf hingewiesen, dass sich die Nicht-Beantwortung von Fragen i.S.d. Artikels 3.2.4 nicht nur auf Fragen im Rahmen von mündlichen Verhandlungen, sondern auch auf Fragen im Rahmen von schriftlichen Verfahren bezieht.

Zu Artikel 4.1:

Die *Verbotsliste* wird, wann immer Bedarf hierfür besteht, in einem beschleunigten Verfahren überarbeitet und veröffentlicht. Um der Vorhersehbarkeit willen wird jedoch jedes Jahr eine neue *Verbotsliste* veröffentlicht, unabhängig davon, ob

tatsächlich Veränderungen vorgenommen wurden. Die WADA wird stets die jüngste Fassung der *Verbotsliste* auf ihrer Webseite veröffentlichen. Die *Verbotsliste* stellt einen Bestandteil des Internationalen Übereinkommens gegen Doping im Sport dar. Die WADA setzt den Generaldirektor der UNESCO von jeglichen Änderungen der *Verbotsliste* in Kenntnis.

Zu Artikel 4.2.1:

Es gibt eine einzige *Verbotsliste*. Zu den Substanzen, die zu jeder Zeit verboten sind, gehören Maskierungsmittel und solche Substanzen, deren *Gebrauch* im Training langfristige leistungssteigernde Wirkungen haben können, wie z. B. Anabolika. Alle Substanzen und Methoden, die in der *Verbotsliste* aufgeführt sind, sind *Innerhalb des Wettkampfs* verboten. Der *Gebrauch* (Artikel 2.2) *Außerhalb des Wettkampfs* von einer Substanz, die lediglich *Innerhalb des Wettkampfs* verboten ist, stellt keinen Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen dar, es sei denn, dass diese Substanz oder ihre *Metaboliten* bei einer *Probe*, die *Innerhalb des Wettkampfs* genommen wurde, ein *Von der Norm abweichendes Analyseergebnis* verursacht hat (Artikel 2.1).

Es gibt nur ein Dokument mit der Bezeichnung „*Verbotsliste*“. Die WADA kann für bestimmte Sportarten zusätzliche Substanzen oder Methoden in die *Verbotsliste* aufnehmen (so z. B. die Aufnahme von Betablockern im Schießsport); diese werden jedoch alle in der einzigen *Verbotsliste* aufgeführt. Einzelnen Sportarten werden keine Ausnahmen von der allgemeinen *Verbotsliste* zugestanden (z. B. die Streichung der Anabolika von der *Verbotsliste* für „Denksportarten“). Dieser Entscheidung liegt zugrunde, dass es bestimmte Dopingmittel gibt, die grundsätzlich niemand, der sich selbst als Sportler bezeichnet, anwenden sollte.

Zu Artikel 4.2.2:

Bei der Abfassung des *Code* gab es umfangreiche Diskussionen unter den Beteiligten bezüglich des angemessenen Ausgleichs zwischen unflexiblen Sanktionen, die eine Harmonisierung der Anwendung der Vorschriften fördern, und flexibleren Sanktionen, die eher geeignet sind, die Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen. Diese Abwägung wurde auch in vielen Entscheidungen des CAS diskutiert, die den *Code* auslegten.

Nach drei Jahren Erfahrung mit dem *Code*, besteht nunmehr der folgende Konsens zwischen den Beteiligten: Zwar soll das Vorliegen eines Verstoßes gegen Anti-Doping-Bestimmungen nach Artikel 2.1 (Das Vorhandensein einer *Verbotenen Substanz*, ihrer *Metaboliten* oder *Marker*) und Artikel 2.2 (Der *Gebrauch* oder der *Versuch des Gebrauchs* einer *Verbotenen Substanz* oder einer *Verbotenen Methode*) weiterhin nach dem „Strict-Liability“-Prinzip festgestellt werden, doch sollten die Sanktionen des *Codes* in den Fällen flexibler gestaltet werden, in denen der *Ruderer* oder die andere *Person* eindeutig nachweisen kann, dass er/sie keine Leistungssteigerung beabsichtigte.

Der geänderte Artikel 4.2 und die damit verbundenen Änderungen des Artikels 10 bieten diese gesteigerte Flexibilität

bei Verstößen in Verbindung mit zahlreichen *Verbotenen Substanzen*. Die Bestimmungen des Artikels 10.5 (Absehen von einer *Sperre* oder Herabsetzung der *Sperre* auf Grund außergewöhnlicher Umstände) stellen weiterhin die einzige Grundlage für das Absehen von einer Sanktion oder die Herabsetzung einer solchen hinsichtlich anaboler Steroiden, Hormonen, *Verbotenen Methoden* sowie den in der Verbotensliste aufgeführten Stimulanzien und Hormon-Antagonisten und -Modulatoren dar.

Zu Artikel 5.1.1:
(NADA)

Die *NADA* kann Dritte mit der Durchführung der *Dopingkontrollen* beauftragen. Diese unterliegen in gleicher Weise den Bestimmungen des *NADC* und des *Codes* sowie den *Standards* und den *International Standards*.

Zu Artikel 5.4.2
(im *Code* Kommentar zu
Artikel 5.1.3):

Zielkontrollen werden deshalb vorgegeben, weil mit Zufallskontrollen nicht sichergestellt ist, dass alle maßgeblichen *Ruderer* kontrolliert werden (so z. B. Weltklasse-*Ruderer*; *Ruderer*, deren Leistungen sich innerhalb kurzer Zeit erheblich verbessert haben; *Ruderer*, deren Trainer zudem andere *Ruderer* betreut, die bereits „positiv getestet“ wurden usw.). Selbstverständlich dürfen *Zielkontrollen* ausschließlich im Rahmen eines rechtmäßigen *Dopingkontrollverfahrens* vorgenommen werden. Der *Code* macht deutlich, dass *Ruderer* nicht das Recht haben, zu erwarten, dass sie nur Zufallskontrollen unterzogen werden. Genauso verlangt der *Code* nicht, dass zur Durchführung von *Zielkontrollen* ein begründeter Verdacht vorliegen muss.

Zu Artikel 6.1:

Ein Verstoß gegen Artikel 2.1 (Das Vorhandensein einer *Verbotenen Substanz*, ihrer *Metaboliten* oder *Marker*) kann nur durch die Analyse einer *Probe* festgestellt werden, die von einem von der *WADA* anerkannten oder von der *WADA* ausdrücklich autorisierten Labor durchgeführt wurde. Ein Verstoß gegen andere Artikel kann unter Verwendung von Analyseergebnissen anderer Labors festgestellt werden, solange die Ergebnisse zuverlässig sind.

Zu Artikel 6.2:

So könnten beispielsweise relevante Profilinformatoren für die Ansetzung von *Zielkontrollen* oder zur Unterstützung eines Verfahrens auf Grund eines Verstoßes gegen Anti-Doping-Bestimmungen nach Artikel 2.2 (Der *Gebrauch* oder der *Versuch* des *Gebrauchs* einer *Verbotenen Substanz* oder einer *Verbotenen Methode*) oder für beide Zwecke genutzt werden.

Zu Artikel 6.5:

Zwar ist dieser Artikel neu, doch sind *Anti-Doping-Organisationen* immer befugt gewesen, *Proben* erneut zu analysieren. Der *International Standard* for Laboratories oder ein neues technisches Dokument, welches Bestandteil des *International Standards* sein wird, werden dafür sorgen, dass das Protokoll für die erneute Kontrolle von *Proben* vereinheitlicht wird.

Zu Artikel 7.5:

Bevor eine *Vorläufige Suspendierung* einseitig von dem DRV verhängt werden kann, muss die in der ADO spezifizierte erste Überprüfung abgeschlossen sein. Darüber hinaus ist der DRV,

der eine *Vorläufige Suspendierung* ausspricht, dazu verpflichtet, dem *Ruderer* entweder vor oder unverzüglich nach Verhängung der *Vorläufigen Suspendierung* die Möglichkeit einer *Vorläufigen Anhörung* zu gewähren oder andernfalls dem *Ruderer* unverzüglich nach Verhängung der *Vorläufigen Suspendierung* die Möglichkeit eines beschleunigten Verfahrens zu gewähren. Der *Ruderer* hat das Recht, gegen die *Vorläufige Suspendierung* einen Rechtsbehelf gemäß Artikel 13.2 einzulegen.

Gesetzt den seltenen Fall, dass die Analyse der *B-Probe* das Ergebnis der *A-Probe* nicht bestätigt, ist es dem *vorläufig suspendierten Ruderer* gestattet, soweit es die Umstände zulassen, an nachfolgenden *Wettkämpfen* der *Wettkampfveranstaltung* teilzunehmen. Entsprechend kann der *Ruderer* nach Maßgabe der einschlägigen Regeln der FISA in einer *Mannschaftssportart* an nachfolgenden *Wettkämpfen* teilnehmen, wenn die Mannschaft noch am *Wettkampf* teilnimmt.

Der *Ruderer* wird nach den Maßgaben des Artikels 10.9.3 die Dauer einer *Vorläufigen Suspendierung* auf eine letztendlich verhängte *Sperre* angerechnet.

Zu Artikel 9:

Gewinnt ein *Ruderer* eine Goldmedaille, während er eine *Verbotenen Substanz* in seinem Organismus hat, ist das unfair gegenüber den anderen *Ruderern* in diesem *Wettkampf*, unabhängig davon, ob der Gewinner der Goldmedaillen schuldhaft handelte. Nur „saubere“ *Ruderern* sollte es erlaubt sein, von ihren *Wettkampfergebnissen* zu profitieren.

Bezüglich *Mannschaftssportarten* siehe Artikel 11 (*Konsequenzen* für Mannschaften).

Bei Sportarten, die nicht zu den *Mannschaftssportarten* zählen, bei denen jedoch Mannschaften ausgezeichnet werden, unterliegt die *Annullierung* oder die Verhängung anderer disziplinarischer Maßnahmen gegen die Mannschaft, bei der mindestens ein Mitglied der Mannschaft einen Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen begangen hat, den anwendbaren Regeln der FISA.

Zu Artikel 10.1:

Während gemäß Artikel 9 (Automatische *Annullierung* von Einzelergebnissen) das Ergebnis in einem einzelnen *Wettkampf*, in dem der *Ruderer* „positiv getestet“ wurde (z. B. 100 m Rückenschwimmen), annulliert wird, kann es auf Grund dieses Artikels zur Annullierung sämtlicher Ergebnisse in allen Wettbewerben einer *Wettkampfveranstaltung* (z. B. der FISA-Weltmeisterschaft) kommen.

Zu den Faktoren, die in die Erwägung, ob andere bei derselben *Wettkampfveranstaltung* erzielte Ergebnisse *annulliert* werden, einbezogen werden können, gehört etwa die Schwere des Verstoßes gegen Anti-Doping-Bestimmungen des *Ruderers* und ob für die anderen *Wettkämpfe* ein negatives Kontrollergebnis des *Ruderers* vorliegt.

Zu Artikel 10.2:

Die Harmonisierung von Sanktionen ist eine der am meisten diskutierten Fragen im Bereich der Dopingbekämpfung. Harmonisierung bedeutet, dass dieselben Regeln und Kriterien angewandt werden, um die individuellen Fakten jedes Falls zu bewerten.

Die Argumente gegen eine Harmonisierung von Sanktionen basieren auf den Unterschieden zwischen Sportarten, einschließlich der Folgenden: Bei einigen Sportarten sind die *Athleten* Profisportler, die mit dem Sport ein beträchtliches Einkommen erzielen, bei anderen Sportarten sind sie Amateure; bei den Sportarten, in denen die Laufbahn eines *Athleten* kurz ist (z. B. Kunstturnen), hat eine zweijährige *Sperre* viel schwerwiegendere Auswirkungen als in Sportarten, in denen sich die Laufbahn üblicherweise über einen längeren Zeitraum erstreckt (z. B. Reitsport und Schießen); bei *Einzel sportarten* kann ein *Ruderer* während der *Sperre* seine Wettkampffertigkeiten besser durch Einzeltraining aufrecht erhalten als in anderen Sportarten, in denen das Trainieren in einer Mannschaft wichtiger ist.

Ein vorrangiges Argument für die Harmonisierung ist, dass es schlichtweg nicht richtig ist, dass gegen zwei *Athleten* aus demselben Land, deren Kontrollen im Hinblick auf dieselbe *Verbotene Substanz* „positiv“ waren, unter ähnlichen Umständen unterschiedliche Sanktionen verhängt werden, nur weil sie verschiedene Sportarten ausüben. Darüber hinaus ist eine flexible Strafbemessung oft als nicht hinnehmbare Möglichkeit für einige Sportorganisationen gesehen worden, nachsichtiger gegenüber „Dopingsündern“ zu sein. Die fehlende Harmonisierung von Sanktionen hat auch häufig zu juristischen Auseinandersetzungen zwischen Internationalen Sportfachverbänden und *Nationalen Anti-Doping-Organisationen* geführt.

Zu Artikel 10.3.2:

Diejenigen, die am Doping von *Ruderern* oder an der Verdunkelung von Doping beteiligt sind, sollten härteren Sanktionen unterworfen werden als die *Ruderer*, deren Kontrollbefunde „positiv“ waren. Da die Befugnis von Sportorganisationen generell auf den Entzug von Akkreditierungen, Mitgliedschaften und sportlichen Vergünstigungen beschränkt ist, ist das Anzeigen von *Rudererbetreuern* bei den zuständigen Stellen eine wichtige Abschreckungsmaßnahme in der Dopingbekämpfung.

Zu Artikel 10.3.3:

Die Sanktion nach Artikel 10.3.3 beträgt zwei Jahre in den Fällen, in denen alle drei *Meldepflichtversäumnisse* oder *Versäumten Kontrollen* nicht entschuldbar sind. In anderen Fällen soll die Sanktion entsprechend den Umständen des Einzelfalls zwischen einem und zwei Jahren liegen.

Zu Artikel 10.4:

Spezifische Substanzen sind für Doping im Sport nicht zwangsläufig weniger erheblich als andere *Verbotene Substanzen* (so kann ein als *Spezifische Substanz* eingestuftes Stimulans für einen *Ruderer* *Innerhalb des Wettkampfs* sehr wirkungsvoll sein); daher wird ein *Ruderer*, der die in diesem

Artikel festgelegten Kriterien nicht erfüllt, für zwei Jahre *gesperrt* und könnte gemäß Artikel 10.6 sogar bis zu vier Jahren *gesperrt* werden. Bei den *Spezifischen Substanzen* ist jedoch im Gegensatz zu *Verbotenen Substanzen* eine glaubhafte Erklärung wahrscheinlicher, wonach kein Dopingzusammenhang besteht.

Dieser Artikel gilt nur in Fällen, bei denen der VRA sich anhand der objektiven Umstände des Falles davon überzeugt hat, dass der *Ruderer* mit der Annahme oder dem *Besitz* einer *Verbotenen Substanz* nicht beabsichtigte, seine sportliche Leistung zu steigern. Beispiele für objektive Umstände, die, wenn sie in Kombination vorliegen, den VRA zu der Überzeugung bringen, dass erwiesenermaßen keine leistungssteigernde Absicht vorlag, beinhalten u. a.: Die Tatsache, dass die Art der *Spezifischen Substanz* oder der Zeitpunkt ihrer Einnahme für den *Ruderer* nicht von Vorteil gewesen wäre; der offenkundige *Gebrauch* von *Spezifischen Substanzen* durch den *Ruderer* oder das Offenlegen seines oder ihres *Gebrauchs* von *Spezifischen Substanzen*; aktuelle ärztliche Unterlagen, die bestätigen, dass die *Spezifische Substanz* nicht in Zusammenhang mit dem Sport verschrieben wurde. Grundsätzlich gilt, dass die Beweislast des *Ruders*, die fehlende Leistungssteigerung nachzuweisen, in Relation zum Leistungssteigerungspotenzial der Substanz steigt.

Während der VRA von der fehlenden Absicht, die sportliche Leistung zu steigern, überzeugt werden muss, so reicht als Beweismaß dafür, wie die *Spezifische Substanz* in den Körper des *Ruders* gelangt ist, die gleich hohe Wahrscheinlichkeit aus.

Bei der Bewertung der Schwere der Schuld des *Ruders* oder einer anderen *Person* müssen die in Betracht gezogenen Umstände von besonderer Bedeutung sein, um die Abweichung von dem zu erwartenden Verhalten eines *Ruders* oder einer anderen *Person* zu erklären. So wären beispielsweise die Tatsache, dass ein *Ruderer* während einer *Sperre* die Gelegenheit versäumen würde, viel Geld zu verdienen, dass er nur noch eine kurze sportliche Laufbahn vor sich hat, oder der Umstand, dass ein ungünstiger Zeitpunkt im sportlichen Jahreskalender vorliegt, keine relevanten Faktoren, die bei der Herabsetzung der *Sperre* nach diesem Artikel zu berücksichtigen sind. Es wird davon ausgegangen, dass eine *Sperre* nur in den außerordentlichen Ausnahmefällen ganz aufgehoben wird.

Zu Artikel 10.5.1
und 10.5.2:

Die ADO sieht die Möglichkeit einer Herabsetzung oder Aufhebung der *Sperre* unter dem besonderen Umstand vor, dass der *Ruderer* nachweisen kann, dass ihn in Bezug auf den Verstoß *Kein Verschulden* oder *Kein signifikantes Verschulden* trifft. Dieser Ansatz steht mit den Grundsätzen der Menschenrechte im Einklang und schafft ein Gleichgewicht zwischen den *Anti-Doping-Organisationen*, die für eine deutlich enger gefasste Ausnahmeregelung plädieren oder sich sogar gänzlich gegen eine Ausnahmeregelung aussprechen, und

jenen *Anti-Doping-Organisationen*, die eine zweijährige *Sperre* auf Grundlage anderer Faktoren eher herabsetzen würden, selbst wenn ein Schuldeingeständnis des *Ruders* vorliegt.

Diese Artikel finden lediglich auf die Verhängung von Sanktionen Anwendung; sie finden keine Anwendung auf die Feststellung, ob ein Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen vorliegt. Artikel 10.5 kann bei jedem Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen zur Anwendung kommen, auch wenn es besonders schwierig sein wird, die Kriterien für die Herabsetzung bei denjenigen Anti-Doping-Bestimmungen zu erfüllen, bei denen die tatsächliche Kenntnis für das Vorliegen eines Verstoßes vorausgesetzt wird.

Artikel 10.5 und 10.5.2 sollen sich nur auf die Fälle auswirken, in denen die Umstände tatsächlich außergewöhnlich sind, und nicht auf die große Mehrzahl der Fälle.

Zur Erläuterung der Anwendung von Artikel 10.5 kann als Beispiel, bei dem *Kein Verschulden* zur völligen Aufhebung einer Sanktion führen würde, angeführt werden, wenn der *Ruders* beweisen kann, dass er trotz gebührender Sorgfalt Opfer eines Sabotageaktes eines Konkurrenten wurde. Umgekehrt kann eine Sanktion unter folgenden Umständen nicht auf Grund *Keines Verschuldens* aufgehoben werden: (a) bei Vorliegen eines „positiven“ Testergebnisses auf Grund einer falschen Etikettierung oder Verunreinigung eines Vitaminpräparats oder eines Nahrungsergänzungsmittels (*Ruders* sind verantwortlich für das, was sie zu sich nehmen (Artikel 2.1.1) und die *Ruders* wurden auf die Möglichkeit von Verunreinigungen bei Nahrungsergänzungsmitteln hingewiesen); (b) die Verabreichung einer *Verbotenen Substanz* durch den eigenen Arzt oder Trainer des *Ruders*, ohne dass dies dem *Ruders* mitgeteilt worden wäre (*Ruders* sind verantwortlich für die Auswahl ihres medizinischen Personals und dafür, dass sie ihr medizinisches Personal anweisen, ihnen keine *Verbotenen Substanzen* zu geben); und (c) Sabotage der Speisen und Getränke des *Ruders* durch Ehepartner, Trainer oder einer anderen *Person* im engeren Umfeld des *Ruders* (*Ruders* sind verantwortlich für das, was sie zu sich nehmen, sowie für das Verhalten der *Personen*, denen sie Zugang zu ihren Speisen und Getränken gewähren). In Abhängigkeit von den Tatsachen eines Einzelfalls kann jedoch jedes der oben genannten Beispiele zu einer Herabsetzung der Sanktion auf Grund *Keines Verschuldens* führen. (So wäre etwa eine Herabsetzung in Beispiel (a) angemessen, wenn der *Ruders* überzeugend darlegt, dass die Ursache für sein positives Kontrollergebnis in einem kontaminierten herkömmlichen Multivitaminpräparat lag, das von einer Quelle erworben wurde, die keinerlei Verbindung zu *Verbotenen Substanzen* aufweist, und wenn der *Ruders* darlegt, dass er darauf geachtet hat, keine anderen Nahrungsergänzungsmittel zu sich zu nehmen.

Bei der Bewertung der Schuld des *Ruders* oder einer anderen *Person* nach Artikel 10.5.1 und 10.5.2 muss das in Betracht gezogene Beweismaterial von besonderer Bedeutung sein, um die Abweichung von dem zu erwartenden Verhalten des

Ruders oder einer anderen *Person* zu erklären. So wären beispielsweise die Tatsache, dass ein *Ruderer* während einer *Sperre* die Gelegenheit versäumen würde, viel Geld zu verdienen, dass er nur noch eine kurze sportliche Laufbahn vor sich hat, oder der Umstand, dass ein ungünstiger Zeitpunkt im sportlichen Jahreskalender vorliegt, keine relevanten Faktoren, die bei der Herabsetzung der *Sperre* nach diesem Artikel zu berücksichtigen sind.

Während *Minderjährige* an sich nicht anders behandelt werden, wenn es um die Festlegung der anwendbaren Sanktion geht, so stellen allerdings das jugendliche Alter und die mangelnde Erfahrung relevante Faktoren dar, die bei der Bewertung zur Festlegung des Verschuldens des *Ruders* oder einer anderen *Person* nach Artikel 10.5.2 wie auch nach Artikel 10.3.3, 10.4 und 10.5.1 zu berücksichtigen sind.

Artikel 10.5.2 sollte in den Fällen, in den Artikel 10.3.3 oder 10.4 zur Anwendung kommen, nicht angewendet werden, da die zuletzt genannten Artikel zum Zwecke der Festlegung der maßgeblichen *Sperre* bereits die Schwere des Verschuldens des *Ruders* oder einer anderen *Person* berücksichtigen.

Zu Artikel 10.5.3:

Die Zusammenarbeit von *Rudern*, *Ruderebetreuern* und anderen *Personen*, die ihre Fehler einräumen und bereit sind, andere Verstöße gegen Anti-Doping-Bestimmungen ans Licht zu bringen, sind für einen sauberen Sport sehr wichtig.

Um die Bedeutung der *Substantiellen Hilfe* zu bewerten, sollten bestimmte Faktoren berücksichtigt werden, wie zum Beispiel die Anzahl der verwickelten Personen, der Stellung dieser im Sport, ob das *Inverkehrbringen Verbotener Substanzen* oder *Verbotener Methoden* nach Artikel 2.7 oder die Verabreichung *Verbotener Substanzen* oder *Verbotener Methoden* nach Art. 2.8 systematisch erfolgte, und ob der Verstoß in Zusammenhang mit einer Substanz oder einer Methode erfolgte, die bei *Dopingkontrollen* nicht leicht nachweisbar ist. Die weitestgehende Aussetzung einer *Sperre* erfolgt nur in sehr außergewöhnlichen Fällen. Ein zusätzlicher Gesichtspunkt, der in Zusammenhang mit der Schwere des Anti-Doping-Verstoßes zu berücksichtigen ist, ist die Leistungssteigerung, die einer *Person*, die *Substantielle Hilfe* leistet, wahrscheinlich noch zugute kommt.

Grundsätzlich gilt, dass je früher im Ergebnismanagementverfahren die *Substantielle Hilfe* geleistet wird, desto höher darf der Anteil der ansonsten maßgeblichen *Sperre*, der ausgesetzt wird, ausfallen.

Wenn der *Ruderer* oder die andere *Person*, die einen Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen begangen hat, Anspruch auf Aussetzung eines Teils der *Sperre* nach diesem Artikel unter Verzicht auf eine Anhörung geltend macht, so legt der VRA fest, ob die Aussetzung eines Teils der *Sperre* nach diesem Artikel angemessen ist. Wenn der *Ruderer* oder die andere *Person* vor dem Abschluss einer in Verbindung mit einem Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen erfolgenden Anhörung einen

Anspruch auf Aussetzung eines Teils der *Sperre* geltend macht, entscheidet der VRA zusammen mit der Entscheidung, ob der *Ruderer* oder eine andere *Person* einen Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen begangen hat, auch darüber, ob die Aussetzung eines Teils der ansonsten maßgeblichen *Sperre* nach diesem Artikel angemessen ist. Wenn ein Teil der *Sperre* ausgesetzt wird, so wird in der Entscheidung die Grundlage für die Schlussfolgerung erläutert, dass die Informationen glaubhaft waren und entscheidend dazu beigetragen haben, den Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen oder andere Verstöße aufzudecken oder nachzuweisen. Wenn ein *Ruderer* oder eine andere *Person* einen Anspruch auf die Aussetzung eines Teils der *Sperre* geltend macht, nachdem die endgültige Entscheidung über einen Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen ergangen ist, gegen die kein Rechtsbehelf nach Artikel 13 eingelegt werden kann, und wenn der *Ruderer* oder die andere *Person* zu diesem Zeitpunkt die *Sperre* noch verbüßt, so kann der *Ruderer* oder die andere *Person* bei der für das Ergebnismanagement zuständigen *Anti-Doping-Organisation* beantragen, eine Aussetzung der *Sperre* nach diesem Artikel vorzunehmen. Eine derartige Aussetzung der ansonsten maßgeblichen *Sperre* erfordert die Zustimmung der *WADA*, *NADA* und der *FISA*. Wenn eine der Voraussetzungen, auf die sich die Aussetzung einer *Sperre* gründet, nicht gegeben ist, setzt die für das Ergebnismanagement zuständige *Anti-Doping-Organisation* die *Sperre* wieder ein, die ansonsten gelten würde. Gegen gemäß diesem Artikel getroffene Entscheidungen von *Anti-Doping-Organisationen* können Rechtsbehelfe gemäß Artikel 13.2 eingelegt werden.

Dies ist entsprechend den Bestimmungen der ADO der einzige Umstand, unter dem die Aussetzung einer ansonsten maßgeblichen *Sperre* erlaubt ist.

Zu Artikel 10.5.4:

Dieser Artikel soll dann zur Anwendung kommen, wenn sich ein *Ruderer* oder eine andere *Person* meldet und einen Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen unter Umständen gesteht, unter denen keiner *Anti-Doping-Organisation* bewusst ist, dass ein Verstoß gegen eine Anti-Doping-Bestimmung vorliegen könnte. Er soll dann nicht angewendet werden, wenn das Geständnis zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem der *Ruderer* oder die andere *Person* bereits vermutet, dass er oder sie bald überführt werden wird.

Zu Artikel 10.5.5:

Die angemessene Sanktion wird in insgesamt vier Schritten festgelegt. Zunächst stellt der VRA fest, welche der grundlegenden Sanktionen (Artikel 10.3, 10.4 oder 10.6) auf den jeweiligen Verstoß gegen eine Anti-Doping-Bestimmung anzuwenden ist. In einem zweiten Schritt stellt der VRA fest, ob es eine Grundlage für die Aussetzung, Aufhebung oder Herabsetzung der Sanktion gibt (Artikel 10.5.1 bis Artikel 10.5.4). Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass nicht alle Gründe für eine Aussetzung, Aufhebung oder Herabsetzung mit den Bestimmungen zu den Standardsanktionen kombiniert werden können. So ist beispielsweise Artikel 10.5.2 nicht in Fällen anzuwenden, in denen Artikel 10.3.3 oder Artikel 10.4 bereits herangezogen wurden, da davon auszugehen ist, dass

der VRA nach Artikel 10.3.3 und 10.4 bereits anhand der Schwere der Schuld des *Ruders* oder der anderen *Person* die Dauer der *Sperre* bestimmt hat. In einem dritten Schritt ermittelt der VRA nach Artikel 10.5.5, ob der *Ruders* oder die andere *Person* nach mehr als einer Bestimmung des Artikels 10.5 Anspruch auf eine Aufhebung, Herabsetzung oder Aussetzung der *Sperre* hat. Abschließend legt der VRA den Beginn der *Sperre* nach Artikel 10.9 fest.

Die folgenden vier Beispiele verdeutlichen eine sachgemäße Prüfungsreihenfolge:

Beispiel 1:

Sachverhalt:

Ein *Von der Norm abweichendes Analyseergebnis* beinhaltet das Vorhandensein eines anabolen Steroids; der *Ruders* gibt sofort den festgestellten Verstoß gegen eine Anti-Doping-Bestimmung zu; den *Ruders* trifft *Kein signifikantes Verschulden* (Artikel 10.5.2); und der *Ruders* leistet *Substantielle Hilfe* (Artikel 10.5.3).

Anwendung des Artikels 10:

1. Die Standardsanktion würde gemäß Artikel 10.2 zwei Jahre betragen. (Erschwerende Umstände (Artikel 10.6) würden nicht in Betracht gezogen, da der *Ruders* den Verstoß sofort zugab. Artikel 10.4 würde nicht zur Anwendung kommen, da ein Steroid nicht unter die *Spezifischen Substanzen* fällt.)
2. Da *Kein signifikantes Verschulden* vorliegt, könnte die Sanktion maximal bis zur Hälfte der zwei Jahre herabgesetzt werden. Da *Substantielle Hilfe* geleistet wird, könnte die Sanktion maximal bis zu Dreiviertel der zwei Jahre herabgesetzt werden.
3. Wenn gemäß Artikel 10.5.5 die beiden möglichen Herabsetzungen für das auf Grund *Keines signifikanten Verschuldens* und für die Leistung *Substanzieller Hilfe* zusammen betrachtet werden, könnte die Sanktion insgesamt um bis zu Dreiviertel der zwei Jahre herabgesetzt werden. So würde sich also die Mindestsanktion auf eine sechsmonatige *Sperre* belaufen.
4. Da der *Ruders* den Verstoß gegen eine Anti-Doping-Bestimmung sofort zugab, könnte die Dauer der *Sperre* nach Artikel 10.9.2 bereits mit dem Datum der *Probenahme* beginnen; in jedem Fall müsste der *Ruders* mindestens die Hälfte der *Sperre* (mindestens drei Monate) nach dem Tag der Entscheidung, in der die *Sperre* festgelegt wurde, verbüßen.

Beispiel 2

Sachverhalt:

Ein *Von der Norm abweichendes Analyseergebnis* beinhaltet das Vorhandensein eines anabolen Steroids; es liegen erschwerende Umstände vor und der *Ruderer* kann nicht nachweisen, dass er den Verstoß gegen eine Anti-Doping-Bestimmung nicht bewusst begangen hat; der *Ruderer* gesteht den vermuteten Verstoß nicht sofort; der *Ruderer* leistet aber *Substantielle Hilfe* (Artikel 10.5.3).

Anwendung des Artikels 10:

1. Die Standardsanktion würde gemäß Artikel 10.6 eine *Sperre* zwischen zwei und vier Jahren betragen.
2. Da *Substantielle Hilfe* geleistet wird, könnte die Sanktion um bis zu Dreiviertel der maximal vorgesehenen vier Jahre herabgesetzt werden.
3. Artikel 10.5.5 findet keine Anwendung.
4. Nach Artikel 10.9.2 würde die *Sperre* mit dem Tag der Entscheidung, in der die *Sperre* festgelegt wurde, beginnen.

Beispiel 3

Sachverhalt:

Ein *Von der Norm abweichendes Analyseergebnis* beinhaltet das Vorhandensein einer *Spezifischen Substanz*; der *Ruderer* weist nach, wie die *Spezifische Substanz* in seinen Körper gelangt ist und dass er nicht beabsichtigte, seine sportliche Leistung zu steigern; der *Ruderer* weist nach, dass nur ein sehr geringes Verschulden vorliegt; und der *Ruderer* leistet *Substantielle Hilfe* (Artikel 10.5.3).

Anwendung des Artikels 10:

1. Da das *Von der Norm abweichende Analyseergebnis* eine *Spezifische Substanz* beinhaltet und der *Ruderer* die weiteren Bedingungen des Artikels 10.4 erfüllt hat, würde die Standardsanktion zwischen einer *Verwarnung* und einer zweijährigen *Sperre* liegen. ... [Das *Disziplinarorgan*] würde bei der Auferlegung einer Sanktion innerhalb dieses Rahmens das Verschulden des *Ruderers* bewerten. (In diesem Beispiel wird angenommen, dass ... [das *Disziplinarorgan*] eine *Sperre* von acht Monaten verhängen würde.)
2. Da *Substantielle Hilfe* geleistet wird, könnte die Sanktion um bis zu Dreiviertel der maximal vorgesehenen vier Jahre herabgesetzt werden. (Nicht unter zwei Monaten.) Artikel 10 (*Kein signifikantes Verschulden*) wäre nicht anwendbar, da der Grad des Verschuldens des *Ruderers* bereits bei der Festlegung der achtmonatigen *Sperre* in Schritt 1 berücksichtigt wurde.

3. Artikel 10.5.5 findet keine Anwendung.
4. Da der *Ruderer* den Verstoß gegen eine Anti-Doping-Bestimmung sofort zugab, könnte die *Sperre* nach Artikel 10.9.2 bereits mit dem Datum der *Probenahme* beginnen; in jedem Fall müsste der *Ruderer* mindestens die Hälfte der *Sperre* nach dem Tag der Entscheidung, in der die *Sperre* festgelegt wurde, verbüßen. (Mindestens einen Monat.)

Beispiel 4

Sachverhalt:

Ein *Ruderer*, bei dem noch nie ein *Von der Norm abweichendes Analyseergebnis* vorlag und dem noch nie ein Verstoß gegen eine Anti-Doping-Bestimmung zum Vorwurf gemacht wurde, gibt spontan zu, dass er absichtlich mehrere *Verbotene Substanzen* zur Leistungssteigerung einsetzt hat. Darüber hinaus leistet der *Ruderer Substantielle Hilfe* (Artikel 10.5.3).

Anwendung des Artikels 10:

1. Während der bewusste *Gebrauch* mehrerer *Verbotener Substanzen* normalerweise die Berücksichtigung erschwerender Umstände rechtfertigen würde (Artikel 10.6), bedeutet das spontane Eingeständnis des *Rudersers*, dass Artikel 10.6 nicht zur Anwendung kommen würde. Auf Grund der Tatsache, dass der *Ruderer* die *Verbotenen Substanzen* zur Leistungssteigerung verwendete, würde Artikel 10.4 keine Anwendung finden, unabhängig davon, ob es sich bei den *Verbotenen Substanzen* um *Spezifische Substanzen* handelte. Dementsprechend wäre Artikel 10.2 anwendbar und die Standardsanktion würde zwei Jahre betragen.
2. Allein auf Grund des spontanen Geständnisses des *Rudersers* (Artikel 10.5.4) könnte die *Sperre* um bis zur Hälfte der beiden Jahre herabgesetzt werden. Allein auf Grund der *Substantiellen Hilfe*, die der *Ruderer* geleistet hat (Artikel 10.5.3), könnte die *Sperre* um bis zur Hälfte der beiden Jahre herabgesetzt werden.
3. Wenn gemäß Artikel 10.5.5 die beiden möglichen Herabsetzungen für das spontane Geständnis und die *Substantielle Hilfe* zusammen betrachtet werden, könnte die Sanktion insgesamt maximal bis zu Dreiviertel der zwei Jahre herabgesetzt werden. (Die Mindestdauer der *Sperre* würde sechs Monate betragen.)
4. Wenn der VRA in Schritt 3 bei der Berechnung der *Mindestsperre* von sechs Monaten Artikel 10.5.4 berücksichtigt, würde die *Sperre* mit dem Tag der Sanktionsverhängung durch den VRA beginnen. Wenn jedoch der VRA in Schritt 3 bei der Herabsetzung der *Sperre* die Anwendung des Artikels 10.5.4 nicht berücksichtigt, könnte nach Artikel 10.9.2 die *Sperre* bereits mit dem Datum der Begehung des Dopingverstoßes beginnen,

vorausgesetzt, dass mindestens die Hälfte dieser Frist (mindestens drei Monate) nach dem Tag der Entscheidung, in der die *Sperre* festgelegt wurde verbüßt wird.

Zu Artikel 10.6:

Nachfolgend werden Beispiele für erschwerende Umstände aufgeführt, die die Verhängung einer *Sperre* oberhalb der Standardsanktion rechtfertigen: der *Ruderer* oder die andere *Person* beging den Dopingverstoß systematisch oder als Teil eines Dopingplans, entweder alleine oder als Teil einer Verschwörung oder einer gemeinschaftlichen Unternehmung zur Begehung von Dopingverstößen; der *Ruderer* oder die andere *Person* *gebrauchte* oder besaß mehrere *Verbotene Substanzen* oder *Verbotene Methoden*, oder *gebrauchte* oder besaß mehrmals eine *Verbotene Substanz* oder eine *Verbotene Methode*; einer entsprechenden Einzelperson kämen die leistungssteigernden Wirkungen des Dopingverstoßes (der Verstöße) über die ansonsten geltende Dauer der *Sperre* hinaus zugute; der *Ruderer* oder die andere *Person* täuschte und behinderte die Zuständigen, um die Aufdeckung oder Entscheidungsfindung zu verhindern.

Um Zweifel zu vermeiden sei jedoch darauf hingewiesen, dass die im Kommentar zu Artikel 10.6 beschriebenen Beispiele erschwerender Umstände nicht abschließend sind und dass möglicherweise auch andere erschwerende Umstände die Verhängung einer längeren *Sperre* rechtfertigen. Verstöße nach Artikel 2.7 (*Inverkehrbringen* oder der *Versuch* des *Inverkehrbringen*) und Artikel 2.8 (*Verabreichung* oder der *Versuch* der *Verabreichung*) sind in die Anwendung von Artikel 10.6 nicht einbezogen, da die Sanktionen für derartige Verstöße (*Sperren* von vier Jahren bis zur lebenslangen *Sperre*) bereits ausreichend Ermessensspielraum zur Berücksichtigung erschwerender Umstände vorsehen.

Zu Artikel 10.7.1:

Um anhand der Tabelle das Sanktionsmaß zu bestimmen, wird zunächst in der linken Spalte der erste Verstoß des *Ruders* oder einer anderen *Person* gegen Anti-Doping-Bestimmungen ausgewählt. Dann wird rechts davon die Spalte ausgewählt, die dem zweiten Verstoß entspricht.

Angenommen, gegen einen *Ruderer* wird zum Beispiel die Standardsanktion von zwei Jahren *Sperre* für den ersten Verstoß gemäß Artikel 10.2 verhängt. Später begeht er dann einen zweiten Verstoß, für den er mit der herabgesetzten Sanktion wegen *Spezifischer Substanzen* gemäß Artikel 10.4 sanktioniert wird. Mit der Tabelle kann nun die *Sperre* für den zweiten Verstoß ermittelt werden. In diesem Beispiel würde man zunächst in der linken Spalte die vierte Zeile „Standardsanktion“ auswählen und dann rechts davon in die erste Spalte „Spez. Substanz“ für herabgesetzte Sanktion wegen *Spezifischer Substanzen* gehen. Daraus ergibt sich für den zweiten Verstoß eine *Sperre* von 2 bis 4 Jahren. Die Schwere der Schuld des *Ruders* oder einer anderen *Person* dient dabei als Kriterium für die Bestimmung der Dauer der *Sperre* innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens.

Zu Artikel 10.7.1 Definition Vgl. Artikel 18.6.5 bezüglich der Anwendung von Artikel 10.7.1

- „Spez. Substanz“: auf Verstöße gegen Anti-Doping-Bestimmungen vor Annahme des NADC.
- Zu Artikel 10.7.4: Angenommen ein *Ruderer* begeht am 1. Januar 2008 einen Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen, und die *Anti-Doping-Organisation* entdeckt dies nicht bis zum 1. Dezember 2008. In der Zwischenzeit begeht der *Ruderer* am 1. März 2008 einen weiteren Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen und wird am 30. März 2008 von der *Anti-Doping-Organisation* darüber in Kenntnis gesetzt. Daraufhin entscheidet ... [das *Disziplinarorgan*] am 30. Juni 2008, dass der *Ruderer* am 1. März 2008 gegen Anti-Doping-Bestimmungen verstoßen hat. Der später entdeckte Verstoß vom 1. Januar 2008 erfüllt demnach die Bedingungen für erschwerende Umstände, da der *Ruderer* den Verstoß nicht freiwillig und rechtzeitig eingestanden hat, nachdem er über den Verstoß vom 30. März 2008 in Kenntnis gesetzt worden war.
- Zu Artikel 10.8.2: Unbeschadet der Bestimmungen der ADO können *Ruderer* oder andere *Personen*, die durch die Handlungen einer *Person*, die gegen Anti-Doping-Bestimmungen verstoßen hat, geschädigt wurden, die ihnen ansonsten zustehenden Schadensersatzansprüche gegen diese *Person* geltend machen.
- Zu Artikel 10.9: Der Wortlaut des Artikels 10.9 wurde überarbeitet, um klarzustellen, dass Verzögerungen, die der *Ruderer* nicht zu vertreten hat, das rechtzeitige Geständnis des *Ruders* sowie eine *Vorläufige Suspendierung* die einzigen Gründe sind, die rechtfertigen, dass eine *Sperre* vor dem Tag der Entscheidung, in der die *Sperre* festgelegt wurde, beginnt. Diese Änderung korrigiert die uneinheitliche Auslegung und Anwendung des vorherigen Wortlauts.
- Zu Artikel 10.9.2: Dieser Artikel gilt nicht, wenn die *Sperre* bereits gemäß Artikel 10.5.4 (Geständnis eines Verstoßes gegen Anti-Doping-Bestimmungen ohne das Vorliegen anderer Beweise) herabgesetzt wurde.
- Zu Artikel 10.9.4: Die freiwillige Anerkennung einer *Vorläufigen Suspendierung* durch einen *Ruderer* gilt nicht als Geständnis des *Ruders* und wird in keiner Weise dazu genutzt, Rückschlüsse zum Nachteil des *Ruders* zu ziehen.
- Zu Artikel 10.10.1: Wenn der DRV oder ein Mitgliedsverein des DRV beispielsweise ein Trainingslager, eine Veranstaltung oder eine Übung organisiert, darf der gesperrte *Ruderer* nicht daran teilnehmen. Ferner darf ein gesperrter *Ruderer* nicht in einer Profiligen eines Nicht-*Unterzeichners* antreten (z. B. National Hockey League, National Basketball Association usw.) und auch nicht an einer *Wettkampfanstaltung* teilnehmen, die von einem Veranstalter *Internationaler* oder *Nationaler Wettkampfanstaltungen* organisiert wird, der den Code nicht unterzeichnet hat, ohne die in Artikel 10.10.2 genannten *Konsequenzen* zu tragen. Sanktionen in einer Sportart werden auch von anderen Sportarten anerkannt (siehe Artikel 18.5.1 Gegenseitige Anerkennung).

- Zu Artikel 10.10.2: Wenn einem *Ruderer* oder einer anderen *Person* ein Verstoß gegen das Teilnahmeverbot während einer *Sperre* vorgeworfen wird, stellt die *Anti-Doping-Organisation*, deren Ergebnismanagement zur Verhängung der *Sperre* wegen Verstoßes gegen Anti-Doping-Bestimmungen führte, fest, ob der *Ruderer* oder die andere *Person* gegen das Verbot verstoßen hat, und wenn ja, ob der *Ruderer* oder die andere *Person* triftige Gründe für eine Herabsetzung der erneuten *Sperre* gemäß Artikel 10.5.2 vorweisen kann. Gegen Entscheidungen von *Anti-Doping-Organisationen*, die gemäß diesem Artikel getroffen wurden, können Rechtsbehelfe gemäß Artikel 13.2 eingelegt werden.
- Wenn ein *Rudererbetreuer* oder eine andere *Person* den *Ruderer* bei dem Verstoß gegen das Teilnahmeverbot während einer *Sperre* maßgeblich Hilfe leistet, kann eine *Anti-Doping-Organisation* deren rechtliche Zuständigkeit diese *Rudererbetreuer* oder diese anderen *Personen* unterfallen, für eine derartige Hilfeleistung angemessene Sanktionen gemäß ihrer eigenen Disziplinarregeln verhängen.
- Zu Artikel 10.10.3: (NADA) Artikel 10.10.3 gilt ebenfalls für *Anti-Doping-Organisation*, die den NADC angenommen haben, jedoch nicht einer der in diesem Artikel genannten Gruppen unterfällt.
- Zu Artikel 10.12: Wenn beispielsweise der VRA der Auffassung ist, dass die nach dem NADC auszusprechende Sanktion und die finanzielle Sanktion gemäß den Bestimmungen des DRV kumulativ eine zu harte Sanktion darstellen, dann müsste die finanzielle Sanktion des DRV und nicht die Sanktionen gemäß des *NADC* (z. B. *Sperre* und *Annullierung* der Ergebnisse) herabgesetzt werden.
- Zu Artikel 11.3: Beispielsweise könnte das Internationale Olympische Komitee Regeln aufstellen, nach denen eine *Mannschaft* bereits bei einer geringeren Anzahl von Verstößen gegen Anti-Doping-Bestimmungen während der Olympischen Spiele von diesen ausgeschlossen wird.
- Zu Artikel 12.1.2: (NADA) Bevor die *NADA* nach Fristablauf eine solche Maßnahme ergreift, tritt sie mit dem DRV in Verbindung und gibt diesem die Möglichkeit zu erklären, warum (noch) kein Ergebnismanagement durchgeführt oder ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde.
- Zu Artikel 13: Ziel des *Codes*, des *NADC* und der ADO ist es, dass Dopingfälle im Rahmen von gerechten und transparenten internen Verfahren abschließend geregelt werden können. Die Transparenz von Entscheidungen in Dopingfällen, welche durch *Anti-Doping-Organisationen* ergehen, ist durch Artikel 14 gewährleistet. Man beachte, dass die Definition der betroffenen *Personen* und Organisationen, welche berechtigt sind, gemäß Artikel 13 einen Rechtsbehelf einzulegen, keine *Ruderer* oder deren Sportfachverbände einschließt, denen aus der

Disqualifizierung eines Konkurrenten ein Vorteil entstehen kann.

Zu Artikel 13.1.1: Wenn gegen eine Entscheidung des VRA keine Partei ein nach der Rechts- und Verfahrensordnung des DRV vorgesehenes internes Rechtsmittel einlegt, kann die WADA die verbleibenden Schritte des internen Verfahrens der FISA überspringen und direkt Rechtsbehelf beim CAS einlegen.

Zu Artikel 13.2.1: Die Entscheidungen des CAS sind endgültig und verbindlich, mit Ausnahme einer Überprüfung, die nach dem Recht erforderlich ist, das auf die Aufhebung oder Vollstreckung von Schiedssprüchen Anwendung findet.

Zu Artikel 13.2.2: (NADA) Ruderer auf nationaler Ebene bezieht sich insbesondere auf die *Ruderer*, die an nationalen *Wettkampfeveranstaltungen* teilnehmen oder die Mitglied eines *Testpools* der NADA sind.

Zu Artikel 13.3: Auf Grund der unterschiedlichen Umstände jeder Untersuchung eines Verstoßes gegen Anti-Doping-Bestimmungen und jedes Ergebnismanagementverfahrens kann kein fester Zeitraum bestimmt werden, in dem der DRV eine Entscheidung zu treffen hat, bevor die WADA eingreifen kann, indem sie direkt Rechtsbehelf beim CAS einlegt. Bevor sie eine solche Maßnahme ergreift, tritt die WADA jedoch mit dem DRV in Verbindung und gibt dieser die Möglichkeit zu erklären, warum noch keine Entscheidung getroffen wurde.

Dieser Artikel hindert die FISA nicht daran, eigene Regeln aufzustellen, die ihnen erlauben, sich in Fällen für zuständig zu erklären, in denen das Ergebnismanagement des DRV unangemessen verzögert wurde.

Zu Artikel 18.5.1 (im *Code* Kommentar zu Artikel 15.4.1 und 15.4.2): In der Vergangenheit herrschte oft Unklarheit bei der Auslegung dieses Artikels hinsichtlich *Medizinischer Ausnahmegenehmigungen*. Sofern in den Bestimmungen der FISA oder einer Vereinbarung mit der FISA nicht anders geregelt ist, sind Nationale Anti-Doping-Organisationen nicht berechtigt, *Ruderer eines internationalen Testpools Medizinische Ausnahmegenehmigungen* zu erteilen.

Wenn die Entscheidung einer Organisation, die den *Code*/den *NADC* nicht angenommen hat, in einigen Punkten dem *Code*/den *NADC* entspricht und in anderen Punkten nicht, sollten die *Unterzeichner* versuchen, die Entscheidung im Einklang mit den Grundsätzen des *Code*/den *NADC* anzuwenden.

Wenn beispielsweise ein Nicht-*Unterzeichner* in einem Verfahren, das dem *Code*/den *NADC* entspricht, festgestellt hat, dass ein *Ruderer* gegen Anti-Doping-Bestimmungen verstoßen hat, weil sich eine *Verbotene Substanz* in seinem Körper befand, aber die verhängte *Sperre* kürzer ist als der im *Code*/den *NADC* festgelegte Zeitraum, dann sollte die Feststellung, dass ein Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen vorliegt, von allen *Unterzeichnern* anerkannt werden und der DRV sollte ein Verfahren gemäß den Verfahrensgrundsätzen des *Codes*/den *NADC* durchführen, um

festzustellen, ob die vom *Code*/den *NADC* verlangte längere *Sperre* verhängt werden sollte.

Zu Artikel 18.6.5
(im *Code* Kommentar zu
Artikel 25.4):

Abgesehen von dem in Artikel 25.3 (*Anmerkung NADA: Dies ist in Artikel 18.6.4 NADC umgesetzt*) beschriebenen Fall, bei dem ein Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen vor Annahme des *Codes*/des *NADC* oder nach Annahme des *Codes*/des *NADC*, aber vor der Fassung des Jahres 2009, endgültig festgestellt und die *Sperre* vollständig verbüßt wurde, darf der *Code*/ der *NADC* aus dem Jahr 2009 nicht zu Grunde gelegt werden, um einen zuvor begangenen Verstoß neu zu bewerten.